

Antrag an das Bundesforum der Gewerkschaft GPA 2020/2021

Antragsteller*innen:

Markus Amon, 236864889
Alexander Fritz, 256240681
Paul Hasenöhrli, 248324366
Franz Koskarti, 007163894
Alexander Magnus, 00981356-
Marliese Mendel, 247142293
Lisa Sinowatz, 23465692-
Günther Mittrecker, 230881555
Paul Skomorowski, 24512441-
Sabine Skomorowski, 247838615
Gerhard Zahler-Treiber, 202538588

Erhöhung des Arbeitslosengeldes

Noch nie waren in Österreich so viele Menschen arbeitslos.

Die Corona-Pandemie hat auch in Österreich einen historischen Höchststand bei der Arbeitslosigkeit bewirkt. Die Zahl der Arbeitslosen und jene der SchulungsteilnehmerInnen lag im Jahr 2020 bei über 500.000 Menschen und war damit um 50% höher als im Vergleichszeitraum des Jahres 2019.

Die betroffenen Menschen werden durch diese Situation schlagartig in eine finanzielle Notlage versetzt und es gibt wenig Perspektive auf eine rasche Verbesserung der Situation.

In Österreich ist das Arbeitslosengeld besonders gering.

Mit 55 Prozent hat Österreich im internationalen Vergleich eine der niedrigsten Nettoersatzraten bei Arbeitslosigkeit und liegt damit auch deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 63 Prozent. In manchen EU-Ländern gibt es in der aktuellen Krise bereits konkrete Überlegungen zur Anhebung der Arbeitslosenunterstützung, im Gespräch sind auch Mindeststandards auf europäischer Ebene.

Die in Österreich im Zuge der Corona-Krise nun arbeitslos gewordenen Menschen müssen mit wenig mehr als der Hälfte ihres bisherigen Einkommens das Auslangen finden, in vielen Haushalten fallen alle Erwerbseinkommen weg. 43 Prozent aller Haushalte haben durch Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit deutlich geringere Einkommen als vor der Krise. Eine Einmalzahlung für Arbeitslose ist daher völlig unzureichend.

Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut führen.

Für viele Menschen reicht das Arbeitslosengeld nicht aus, um Fixkosten bestreiten und ein existenzsicherndes Einkommen erreichen zu können. Im Anschluss an die Arbeitslosigkeit besteht

Anspruch auf Notstandshilfe. Diese Leistung wird in der Corona-Krise nun befristet aufgestockt, damit ein Abgleiten vom Arbeitslosengeld in die Notstandshilfe nicht zu geringerem Einkommen führt.

Rund 42 % jener Menschen, die die Sozialhilfe als Ergänzung zu anderen Einkommen beziehen, sogenannte AufstockerInnen, erhalten eine Leistung des AMS. Der Sozialhilfebezug ist jedoch an sehr strenge Vorgaben geknüpft. Vermögen und Ersparnis sind bis zu einem geringen Freibetrag von ca. 5.000 EUR zu verwerten, bevor Leistungen bezogen werden können. Gerade das bewirkt vielfach eine Abwärtsspirale und ein Abgleiten in eine sich nachhaltig verfestigende Armut. Das Leistungsniveau der Sozialhilfe, das für Einzelpersonen ca. 917 Euro beträgt, liegt zudem deutlich unter der für Österreich gelten Armutsschwelle von 1.286 Euro.

Höheres Arbeitslosengeld nützt der Wirtschaft.

In der Corona-Krise braucht es rasche und ausreichende Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur. Die Erhöhung des Arbeitslosengeldes bewirkt eine Stärkung der Kaufkraft und ist daher nicht zuletzt auch eine wirtschaftspolitische Forderung. Insgesamt die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes entfällt auf den privaten Konsum.

Die Frage, in welchem Ausmaß sich die Wirtschaft erholen kann, hängt maßgeblich davon ab, wie viel Geld die Menschen zum Ausgeben zur Verfügung haben.

Ein höheres Arbeitslosengeld ist fair.

Ein Großteil der Erwerbstätigen bewertet das Arbeitslosengeld in Österreich als zu gering und unterstützt damit die Forderung nach einer besseren finanziellen Absicherung. Das bestätigt eine aktuelle und repräsentative Umfrage unserer Gewerkschaft GPA. Eine klare Mehrheit der unselbstständig Beschäftigten findet die Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes mehr als gerechtfertigt.

Allianzen innerhalb und außerhalb des ÖGB.

Um dieses Ziel zu erreichen wird es zwingend notwendig Allianzen innerhalb und außerhalb des ÖGB einzugehen. In erster Linie sind dabei die Fachgewerkschaften und der ÖGB selbst ins Auge zu fassen. Eine gemeinsame Kampagne, gemeinsame Aktionen, gemeinsames Auftreten sind ein Garant für die Schlagfähigkeit der Organisation und somit für die Umsetzung dieses Ziels.

Aber auch in der Zivilgesellschaft gibt es Organisationen und Vereine, die in dieser Frage gleiche, oder ähnliche Ziele vertreten. Beispielsweise fordert die Plattform „Solidarwerkstatt“ (www.solidarwerkstatt.at) schon seit geraumer Zeit eine Nettoersatzrate von 80%.

Weiters ist dafür Sorge zu tragen, dass alle gesetzlichen Mittel ausgeschöpft werden um die Thematik in das Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen. Dies geht weit über eine Inseratenkampagne hinaus und soll demokratische Willensbildungsprozesse wie z.B. Volksbegehren beinhalten.

Die Stärke des ÖGBs und seiner Fachgewerkschaften liegt in seiner Mobilisationskraft. Zur Umsetzung des Ziels müssen auch ureigentliche Aktionsformen des gewerkschaftlichen Handels zum Einsatz kommen. Durch Betriebsversammlungen, Großdemonstrationen bis hin zur

Arbeitsniederlegung sind alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen auf der Treppe der Eskalation legitim, wenn sie der Erreichung des Ziels dienlich sind.

Daher fordert die GPA

- deutliche Anhebung des Arbeitslosengeldes. Maßgabe für die Ansetzung der Nettoersatzrate müssen dabei diesbezügliche Vorbilder in Europa sein (Dänemark bis zu 90%, Luxemburg bis zu 85%, Schweiz bis zu 80%,...)
- für die Umsetzung dieser Zielsetzung Synergien mit den Partnergewerkschaften innerhalb des ÖGBs zu schaffen und zu nutzen. Unsere VertreterInnen im ÖGB sind aufgefordert die deutliche Erhöhung der Nettoersatzrate überall dort einzumahnen, wo sie Einfluss haben.
- die Schaffung von zivilgesellschaftlichen Allianzen um die Öffentlichkeit mit der Thematik zu durchdringen.
- die Initiierung von Prozessen zur Mitbestimmung innerhalb der direkten Demokratie wie z.B. Volksbegehren.
- Die Nutzung aller gewerkschaftlichen Handlungskompetenzen zur Erreichung des Zieles – insbesondere Betriebsversammlungen, Großkundgebungen und in letzter Konsequenz auch Streikbeschlüsse.